

Nürnberger Zeitung vom 29.07.2015

**NÜRNBERGER
ZEITUNG**

Autor: kna
Seite: 13
Ressort: Bayern
Weblink: www.nordbayern.de

Seitentitel: Reg & Bay
Ausgabe: Hauptausgabe
Jahrgang: 2015

Gesetzentwurf vorgestellt

SPD will ehrenamtlichen Einsatz stärken

MÜNCHEN - Als erste Landtagsfraktion hat die bayerische SPD einen Gesetzentwurf zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements vorgestellt.

Ziele seien, die Strukturen für ehrenamtliche Aktivitäten zu stärken, die Koordination von Ehrenamtlichen zu verbessern und Hindernisse in der täglichen Arbeit abzubauen, wie die Fraktions-sprecherin für bürgerschaftliches Engagement, Ruth Waldmann, gestern in

München erklärte. Die SPD hatte vorab den Dialog mit Vereinen, Verbänden und Bürgern geführt.

Weiter zu entwickeln sei außerdem die "Ehrenamtskarte". So sollten deren Träger freien Eintritt in alle staatlichen und kommunalen Museen haben sowie eine

Ermäßigung von

25 Prozent auf Fahrscheine des öffentlichen Personennahverkehrs im Freistaat. In Bayern leisten Ehrenamtliche 710 Millionen Arbeitsstunden pro Jahr.

Urheberinformation: © 2015 NÜRNBERGER ZEITUNG

© PMG Presse-Monitor GmbH

Allgemeine Laber-Zeitung vom 29.07.2015

**Allgemeine
Laber-Zeitung**

Seite: 4

Ressort: Bayern aktuell

SPD will Engagement im Ehrenamt stärken

München. (kna) Als erste Landtagsfraktion hat die bayerische SPD-Opposition einen Gesetzentwurf zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements vorgestellt. Ziele seien, die Strukturen für

ehrenamtliche Aktivitäten nachhaltig zu stärken, die Koordination von Ehrenamtlichen zu verbessern und Hindernisse in der täglichen Arbeit abzubauen, wie die Fraktions-sprecherin für bürger-

schaftliches Engagement, Ruth Waldmann, gestern in München erklärte. Die SPD hatte vorab den Dialog mit Vereinen, Verbänden und Bürgern geführt.

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten - Zeitungsgruppe Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung

© PMG Presse-Monitor GmbH

Frankenpost Stadt und Landkreis Hof vom 29.07.2015

Frankenpost
Hofer Anzeiger

Autor: Von Jürgen Umlauf
Seite: 2
Ressort: Oberfranken und Bayern

Seitentitel: BAYERN und die REGION
Ausgabe: Hauptausgabe

SPD will Ehrenamtskarte ausweiten

München - Die SPD im Landtag hat einen Gesetzentwurf zur Stärkung des Ehrenamts in Bayern vorgelegt. Mit ihm sollen die bislang losen Strukturen ehrenamtlichen Engagements auf eine solide Grundlage gestellt werden. Außerdem soll die Arbeit von Ehrenamtlichen besser honoriert werden. Dafür will die SPD die bestehende Ehrenamtskarte weiterentwickeln. Ziel ist es, Karteninhabern freien Eintritt zu staatlichen und kommunalen Museen sowie einen 25-Prozent-Rabatt auf Fahr-scheine des öffentlichen Nahverkehrs im Freistaat zu gewähren. "Das Ehrenamt ist seit 2014 als Staatsziel in der Bayerischen Verfassung verankert, wir wollen das nun in die praktische Politik umsetzen", erklärte SPD-Sozialsprecher Hans-

Ulrich Pfaffmann in München. In Bayern werden jedes Jahr gut 700 Millionen Arbeitsstunden im Ehrenamt geleistet, das entspricht - den Mindestlohn von 8,50 Euro als Berechnungsgrundlage vorausgesetzt - einem Gegenwert von mehr als sechs Milliarden Euro. Nach Berechnungen der SPD würde ihr Maßnahmenpaket rund 30 Millionen Euro kosten. Mit 23,3 Millionen Euro größter Einzelposten wäre dabei die Schaffung von Koordinierungszentren für bürgerschaftliches Engagement in allen Landkreisen. Derzeit gebe es hier noch regionale Lücken. Den bisherigen Posten des "Ehrenamtsbotschafters", den der frühere Staatssekretär Markus Sackmann bekleidet, würde die SPD gerne in einen hauptamtlichen Landesbeauftragten umwandeln. "Markus

Sackmann erfüllt die Aufgabe mit den ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten gut, aber das ist keine Struktur, die auf Dauer trägt", urteilte die SPD-Abgeordnete Ruth Waldmann. Ehrenamtsbotschafter Sackmann äußerte sich skeptisch. Er warnte vor neuer Bürokratie und unnötigen Kosten. Dagegen erklärte der Vorsitzende des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, Thomas Röbbke, der Gesetzentwurf sei ein "Anfangspunkt, um die Förderung des Ehrenamts in der Mitte der politischen Debatte zu verankern". *Das ist keine Struktur, die auf Dauer trägt.* SPD-Abgeordnete Ruth Waldmann über den Posten des "Ehrenamtsbotschafters"

© PMG Presse-Monitor GmbH

DER NEUE TAG vom 29.07.2015

DER NEUE TAG
DER NEUE TAG

Autor: Von Jürgen Umlauf
Seite: 5
Ressort: Landespolitik

Quellrubrik: Gesamtausgabe
Ausgabe: DER NEUE TAG Weiden, Hauptausgabe

Basis für das Ehrenamt

SPD bringt neues Gesetz ein: Koordinierungszentren und Landesgeschäftsstelle

München. Die SPD im Landtag hat einen Gesetzentwurf zur Stärkung des Ehrenamts in Bayern vorgelegt. Mit ihm sollen die bislang losen Strukturen ehrenamtlichen Engagements auf eine solide Grundlage gestellt werden. Außerdem soll die Arbeit von Ehrenamtlichen besser honoriert werden. Dafür will die SPD die bestehende Ehrenamtskarte weiterentwickeln. Ziel ist es, Karteninhabern freien Eintritt zu staatlichen und kommunalen Museen sowie einen 25-Prozent-Rabatt auf Fahr-scheine des öffentlichen Nahverkehrs im

Freistaat zu gewähren. "Das Ehrenamt ist seit 2014 als Staatsziel in der Bayerischen Verfassung verankert, wir wollen das nun in die praktische Politik umsetzen", erklärte SPD-Sozialsprecher Hans-Ulrich Pfaffmann in München.

In Bayern werden jedes Jahr gut 700 Millionen Arbeitsstunden im Ehrenamt geleistet, das entspricht - den Mindestlohn von 8,50 Euro als Berechnungsgrundlage vorausgesetzt - einem Gegenwert von mehr als sechs Milliarden Euro. Nach Berechnungen der SPD würde ihr Maßnahmenpaket rund 30

Millionen Euro kosten. Mit 23,3 Millionen Euro größter Einzelposten wäre dabei die Schaffung von Koordinierungszentren für bürgerschaftliches Engagement in allen Landkreisen. Derzeit gibt es hier noch große regionale Lücken. Zudem soll ein Landesbeirat mit Geschäftsstelle und 30 ehrenamtlichen Mitgliedern eingerichtet werden. Eine neue Ehrenamtsstiftung soll das bürgerschaftliche Engagement ergänzend fördern.

Den bisherigen Posten des "Ehrenamtsbotschafters", den der frühere Staatsse-

kretär Markus Sackmann bekleidet, würde die SPD gerne in einen hauptamtlichen Landesbeauftragten für das Ehrenamt umwandeln. "Markus Sackmann erfüllt die Aufgabe mit den ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten gut, aber das ist keine Struktur, die auf Dauer trägt", urteilte die SPD-Abge-

ordnete Ruth Waldmann. Um die Position zu stärken, sollte der Ehrenamtsbeauftragte wie der für den Datenschutz beim Landtag angesiedelt werden.

Sackmann äußerte sich skeptisch. Er warnte vor neuer Bürokratie und unnötigen Kosten. Dagegen erklärte der Vorsitzende des Landesnetzwerks Bürger-

schaftliches Engagement, Thomas Röbbke, der Gesetzentwurf sei ein "Anfangspunkt, um die Förderung des Ehrenamts in der Mitte der politischen Debatte zu verankern".

© PMG Presse-Monitor GmbH

Frankenpost Kulmbach vom 29.07.2015

Frankenpost

Tageszeitung für Oberfranken

Autor: Von Jürgen Umlauf
Seite: 2
Ressort: Oberfranken und Bayern

Seitentitel: BAYERN und die REGION
Ausgabe: Frankenpost Kulmbach Stadtsteinach

SPD will Ehrenamtskarte ausweiten

München - Die SPD im Landtag hat einen Gesetzentwurf zur Stärkung des Ehrenamts in Bayern vorgelegt. Mit ihm sollen die bislang losen Strukturen ehrenamtlichen Engagements auf eine solide Grundlage gestellt werden. Außerdem soll die Arbeit von Ehrenamtlichen besser honoriert werden. Dafür will die SPD die bestehende Ehrenamtskarte weiterentwickeln. Ziel ist es, Karteninhabern freien Eintritt zu staatlichen und kommunalen Museen sowie einen 25-Prozent-Rabatt auf Fahrscheine des öffentlichen Nahverkehrs im Freistaat zu gewähren. "Das Ehrenamt ist seit 2014 als Staatsziel in der Bayerischen Verfassung verankert, wir wollen das nun in die praktische Politik umsetzen", erklärte SPD-Sozialsprecher Hans-

Ulrich Pfaffmann in München. In Bayern werden jedes Jahr gut 700 Millionen Arbeitsstunden im Ehrenamt geleistet, das entspricht - den Mindestlohn von 8,50 Euro als Berechnungsgrundlage vorausgesetzt - einem Gegenwert von mehr als sechs Milliarden Euro. Nach Berechnungen der SPD würde ihr Maßnahmenpaket rund 30 Millionen Euro kosten. Mit 23,3 Millionen Euro größter Einzelposten wäre dabei die Schaffung von Koordinierungszentren für bürgerschaftliches Engagement in allen Landkreisen. Derzeit gebe es hier noch regionale Lücken. Den bisherigen Posten des "Ehrenamtsbotschafters", den der frühere Staatssekretär Markus Sackmann bekleidet, würde die SPD gerne in einen hauptamtlichen Landesbeauftragten umwandeln. "Markus

Sackmann erfüllt die Aufgabe mit den ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten gut, aber das ist keine Struktur, die auf Dauer trägt", urteilte die SPD-Abgeordnete Ruth Waldmann. Ehrenamtsbotschafter Sackmann äußerte sich skeptisch. Er warnte vor neuer Bürokratie und unnötigen Kosten. Dagegen erklärte der Vorsitzende des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, Thomas Röbbke, der Gesetzentwurf sei ein "Anfangspunkt, um die Förderung des Ehrenamts in der Mitte der politischen Debatte zu verankern". *Das ist keine Struktur, die auf Dauer trägt.* SPD-Abgeordnete Ruth Waldmann über den Posten des "Ehrenamtsbotschafters"

© PMG Presse-Monitor GmbH

Mehr Ehre den Ehrenamtlichen

SPD will für Engagement bessere rechtliche und finanzielle Basis

München - Fast vier Millionen Menschen über 14 Jahre in Bayern engagieren sich ehrenamtlich, das ist mehr als ein Drittel der Bevölkerung. Sie absolvieren 710 Millionen Arbeitsstunden im Wert von 6,1 Milliarden Euro nach dem Mindestlohn, wie die SPD-Landtagsfraktion vorrechnet. Höchste Zeit nach Ansicht der SPD-Abgeordneten Ruth Waldmann, den Einsatz von Ehrenamtlichen noch mehr zu würdigen. "Oft zufällig und willkürlich" wirke die Förderung durch die Staatsregierung laut einem Gutachten, das die SPD in Auftrag gegeben hat. Die Sozialdemokraten wollen das Ehrenamt rechtlich und finanziell auf eine neue Basis stellen. Die Kernpunkte des Gesetzesentwurfs lauten: Koordinierungszentren für bürgerschaftliches Engagement stärken und

ausbauen, einen neuen Landesbeirat schaffen sowie einen hauptamtlichen Landesbeauftragten installieren. Auch die Ehrenamtskarte, die einen vergünstigten Eintritt für öffentliche Einrichtungen gewährt, solle weiter ausgebaut werden. Es reiche nicht, das Thema in "Sonntagsreden abzufrühstücken, sondern es bedarf eines aktiven politischen Handelns", kritisiert SPD-Fraktionsvize Hans-Ulrich Pfaffmann.

Bayern sei beim Ehrenamt "so gut unterwegs wie kein anderes Bundesland", kontert Markus Sackmann (CSU), der Ehrenamtsbotschafter der Staatsregierung. Die Kritik der SPD könne er nicht verstehen. Fast 100 000 Ehrenamtskarten seien ein guter Wert, der aber noch besser wäre, wenn SPD-verwaltete Städte wie Nürnberg, München

und Regensburg bei dem Programm mitmachen, anstatt nach Entschädigung durch den Freistaat zu rufen. Vieles, was die SPD fordere, gebe es in ähnlicher Form bereits, sagt Sackmann. Einen hauptamtlichen Landesbeauftragten lehnt er ab. Gerade diesem Amt stehe es gut zu Gesicht, dass es ehrenamtlich ausgeübt werde. Erfreut ist Sackmann, dass sich die Wirtschaft offenbar verstärkt an der Ehrenamtskarte beteiligen will. Derzeit liefen Verhandlungen, dass Bewerber, die sich ehrenamtlich engagieren, bei Einstellungen bevorzugt behandelt werden sollen.

WOLFGANG WITTL

Der Ehrenamtsbotschafter versteht die Kritik nicht

Urheberinformation: DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München